

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung

Sitzung: Mittwoch, 27.04.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Nils Bader - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Vertretung für: Herrn Frank Graffstedt

Herr Bastian Swalve - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Udo Sommerfeld - Die LINKE.

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

Vertretung für: Frau Silke Arning

Herr Stefan Wirtz - AfD

weitere Mitglieder

Herr Sven Grabenhorst -

Frau Beate Gries -

Herr Sven Kornhaas -

Herr Felix Nordheim -

Herr Florian Parkitny -

Herr Ingo Schönbach -

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII
Herr Dr. Jan Köhler - FBL 32
Herr Sebastian Damm - AbtL 37.4
Herr Dr. Tim-Daniel Stumpf - AbtL 37.2
Herr Hans-Jürgen Kolle - AbtL 37.0

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - StL 37.01
Herr Moritz Trabe - 37.011

Abwesend

Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD	entschuldigt
Frau Silke Arning - BIBS	entschuldigt
Herr Carsten Lehmann - FDP	abwesend

weitere Mitglieder

Frau Lena-Marie Barluschke -	entschuldigt
------------------------------	--------------

Verwaltung

Herr Dr. Tobias Pollmann - Dezernent II	entschuldigt
Herr Torge Malchau - FBL 37	entschuldigt
Herr Martin Stenz - FBL 37 o. V. i. A.	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2022 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Bevölkerungsschutz - Aktueller Stand und Priorisierung | 22-18576 |
| 3.2 | Pilotprojekt "Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam" (AiPP):
Zwischenstandsbericht | 22-18423 |
| 3.3 | Beschluss Maßnahmen Kommunalen Aktionsplan "Braunschweig Inklusiv" (KAP) | 22-18342 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Eskalationen auf der Partymeile verhindern | 22-18552 |
| 4.1.1 | Eskalationen auf der Partymeile verhindern | 22-18552-01 |
| 5 | Konzept zur Warnung der Bevölkerung vor besonderen Gefahren- | 22-18548 |

lagen in Braunschweig

5.1	Konzept zur Warnung der Bevölkerung vor besonderen Gefahren- lagen in Braunschweig Änderungsantrag zur Vorlage 22-18548	22-18548-01
6	Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister	22-18414
7	Raumprogramm Feuerwehrhaus Stöckheim	22-18604
8	Stadttaubenkonzept der Stadt Braunschweig	22-18277
9	Anfragen	
9.1	Einsatz von Drohnen bei der Feuerwehr Braunschweig	22-18549
9.1.1	Einsatz von Drohnen bei der Feuerwehr Braunschweig	22-18549-01
9.2	Flugbeschränkungsgebiet über der PTB sowie regelmäßige Brandschau vor Ort	22-18143
9.2.1	Flugbeschränkungsgebiet über der PTB sowie regelmäßige Brandschau vor Ort	22-18143-01
9.3	Ausfall von Feuerwehrleuten und Rettungssanitätern bei Einfüh- rung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ab dem 15.3.	22-17926
9.3.1	Ausfall von Feuerwehrleuten und Rettungssanitätern bei Einfüh- rung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ab dem 15.3.	22-17926-01
9.4	Sicherheit unter den Rathaus-Kolonnaden	22-18550
9.4.1	Sicherheit unter den Rathaus-Kolonnaden	22-18550-01
9.5	Welche Maßnahmen sind für den Zivil- und Bevölkerungsschutz geplant?	22-18551
9.5.1	Welche Maßnahmen sind für den Zivil- und Bevölkerungsschutz geplant?	22-18551-01
10	Präsentation besonderer Einsätze	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.01.2022

Beschluss:

"Das Protokoll wird genehmigt."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

3. Mitteilungen

3.1. Bevölkerungsschutz - Aktueller Stand und Priorisierung

22-18576

Der neue Abteilungsleiter Planende Gefahrenabwehr, Herr Dr. Stumpf, stellt sich dem Ausschuss vor. Herr Geiger führt in die Mitteilung ein. Herr Damm ergänzt die Ausführungen von Herrn Geiger und geht dabei auf die wesentlichen Inhalte der Mitteilung ein.

Auf Nachfrage von Herrn Köster, über welche Qualifikationen die neu einzustellenden Mitarbeitenden verfügen, teilt Herr Damm mit, dass dies sowohl Verwaltungsbeamte wie auch feuerwehrtechnische Beamte und technische Beschäftigte mit Studienabschluss sein könnten.

Weiterhin wird zum Thema Stromausfall mitgeteilt, dass die in der Mitteilung vorgestellten Planungen hinsichtlich der Einrichtung von "KatS-Leuchttürmen" noch nicht abgeschlossen seien. Es müsse sich dabei grundsätzlich nicht um einen Feuerwehrstandort handeln, es könne auch eine andere Örtlichkeit im Orts-/Stadtteil ausgewählt werden. Hierfür sei als Maßstab die Anzahl der betroffenen Personen und die Eignung der Gebäude zu ermitteln.

Als weitere denkbare Sonderpläne führt Herr Damm beispielhaft Pläne für einen Gasnotstand, eine Hochwasserlage und einen großflächigen Stromausfall an. Zu dem Thema KatS-Plan teilt er mit, dass dieser jetzt und fortan zu aktualisieren sei.

Hinsichtlich der Frage nach einem Energienotfall weist Herr Damm dies als Aufgabe der Energieversorger aus und weiter darauf hin, dass der Bund und das Land hier in der Pflicht stehe, die KRITIS-Definition zu erneuern. Bezüglich einer Information der Bevölkerung avisiert Herr Damm ein Risikokommunikationskonzept, welches in Planung sei.

Die Frage bezüglich der Durchhaltefähigkeit der kritischen Betriebe in Braunschweig kann nicht pauschal beantwortet werden, da dies von der jeweiligen Sparte abhängt. Die Verwaltung sagt zu, hierzu soweit möglich, Nachforschungen anzustellen und ggf. im nichtöffentlichen Teil einer der nächsten Sitzungen zu informieren.

Herr Jonas wünscht sich ein Planspiel mit einem simulierten Vorfall (Stromausfall, Heizung fällt aus) am 25. Januar 2023. Ein solcher Vorschlag wird durch die Verwaltung geprüft.

Herr Disterheft wünscht sich einen Arbeitskreis mit Beteiligten aus allen Sparten und dass die städtische Internetseite weiter ausgebaut werde und konkrete Hinweise für den Bevölkerungsschutz an die Bevölkerung enthalte.

Auf Nachfrage von Frau Kluth, ob es eine Art "Roadmap" gebe, die etwaige Orte für Schutzräume o. Ä. beinhalte, die bei zukünftigen baulichen Planungen berücksichtigt werden müssten, wird dies insoweit verneint. Hinsichtlich der Schutzräume müsse zunächst auf den Bund und dessen Planungen gewartet werden.

Hinsichtlich der Nachfrage von Herrn Köster nach der Zusammenarbeit mit dem Kreisverbindungskommando der Bundeswehr teilt Herr Damm mit, dass die Verwaltung in engem Austausch mit diesem stehe.

Herr Disterheft weist auf das Gesetz zum Verhalten im Verteidigungsfall aus dem Jahr 1986 hin. Herr Damm erläutert in diesem Zusammenhang die Zivile Alarmplanung als Aufgabe des Bundes und des Landes. Den Kommunen würden in einem nächsten Schritt entsprechende Kennzahlen/Aufgaben zugewiesen. Momentan warte die Verwaltung zwecks Spezifizierung

hier auf das Land.

Herr Dr. Plinke bittet darum, auch die Fälle zu bedenken, bei denen das Mobilfunknetz und das Internet ausfallen. Außerdem bringt er den möglichen Ausfall des HKW Mitte in die Diskussion ein.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.2. Pilotprojekt "Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam" (AiPP): Zwischenstandsbericht 22-18423

Herr Nordheim bittet um Auskunft, ob es schon weitere Planungen der Verwaltung über die Projektlaufzeit 31.08.2023 hinaus gäbe. Herr Damm teilt hierzu mit, dass vor dem Ende des Projektzeitraumes eine abschließende Evaluation stattfindet und dann mit allen Beteiligten das weitere Vorgehen abgestimmt werde. Zur Klarstellung weist er nochmals darauf hin, dass die Ärzte nur am Wochenende und an besonderen Eventtagen im Polizeigewahrsam vorgehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.3. Beschluss Maßnahmen Kommunalen Aktionsplan "Braunschweig Inklusiv" (KAP) 22-18342

Beschluss:

1. Die Maßnahmen des Kommunalen Aktionsplans Inklusion werden als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Sachstände der laufenden Projekte sowie die Zielerreichung zu berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt eine kontinuierliche Fortschreibung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion sicherzustellen

Beschlusskompetenz:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG, wonach ausschließlich der Rat über grundlegende Ziele der Entwicklung der Kommune entscheidet.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Eskalationen auf der Partymeile verhindern 22-18552

Herr Pohler bringt den vorliegenden Antrag ausführlich ein.

Herr Dr. Köhler stellt auf die Inhalte der vorliegenden Stellungnahme ab und weist auf die funktionierende Zusammenarbeit zwischen ZOD und der Polizei hin. Hinsichtlich des Antrags teilt er mit, dass die Verwaltung im Gegensatz zur Polizei keine Videoaufzeichnungen vornehmen dürfe. Zwar besitze die Verwaltung die Befugnis zum Erlass einer Verordnung gemäß NPOG, dies könne jedoch nur auf hinreichender Tatsachengrundlage erfolgen. Herr Dr. Köhler macht deutlich, dass die Kriminalitätsbekämpfung originäre Aufgabe der Polizei sei und nicht Aufgabe des ZOD. Hinsichtlich einer besseren Beleuchtung hielte er eine Kosten-/Nutzen-Analyse unter Einbindung des FB 66 für erforderlich. Zum Thema Arbeitskreis weist er auf die bereits bestehenden Strukturen hin (Präventionsrat, Örtlicher Ausschuss Sicherheit und Sport).

Frau Lenz spricht sich in ihrem Beitrag als Gleichstellungsbeauftragte der Verwaltung dafür aus, dass bei den Planungen zur Verbesserung der Sicherheit auch die Frauen konkret mit einbezogen werden müssten. Beobachtungen und Erfahrungsberichte hätten gezeigt, dass sich nach wie vor besonders Frauen und Mädchen in dunklen Bereichen unsicher fühlten.

Herr Bader erklärt für seine Fraktion, dass er den Antrag ablehnen werde, da die dort geschilderten Maßnahmen als unverhältnismäßig angesehen werden. Ein verstärkter Einsatz des ZOD könnte indessen dazu führen, dass die Mitarbeitenden in Konflikte einbezogen werden, für die sie nicht ausgebildet seien. Er wünscht sich eine Stellungnahme der Polizei, ob diese einen entsprechenden Unterstützungsbedarf sehe. Herr Dr. Köhler teilt hierzu mit, dass die Polizei bis dato die Verwaltung nicht um Unterstützung gebeten habe.

Herr Nordheim kritisiert die vorliegende Stellungnahme. Aus seiner Sicht lägen die Tatsachen für eine Verordnung nach § 50 NPOG bereits vor bzw. könnten bei der Analyse-Stelle der Polizei sehr zeitnah eingeholt werden. Er weist bezüglich Videoüberwachung auf den Horten-Tunnel hin, bei dem eine Videoüberwachung möglich gewesen sei, die lediglich bei der Polizei aufgeschaltet wurde.

Herr Sommerfeld lehnt den Antrag ebenfalls ab.

Herr Swalve weist darauf hin, dass eine Verordnung nach NPOG in Göttingen bereits erlassen worden sei, aber keinen gewinnbringenden Effekt gezeigt habe.

Herr Disterheft hält die vorliegende Diskussion für positiv, um ein Bewusstsein für die Thematik zu schaffen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf der Braunschweiger Partymeile im Bereich Wallstraße/Friedrich-Wilhelm-Straße/ Friedrich-Wilhelm-Platz, Kalenwall, Bruchtorwall und Gieseler durch die folgenden Maßnahmen zu erhöhen:

1. Definition des Gebietes Wallstraße/Friedrich-Wilhelm-Platz/ Friedrich-Wilhelm-Straße, Kalenwall, Bruchtorwall und Gieseler als Kriminalitätsschwerpunkt (federführend durch die Polizei)
2. Erarbeitung einer Gefahrenabwehrverordnung im Sinne des § 55 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) für ein Alkohol-, Glasflaschen- und Waffenverbot in diesem Bereich
3. Erhöhung der Präsenz des Zentralen Ordnungsdienstes (ZOD) in diesem Bereich an Wochenenden nach 22 Uhr zur Unterstützung der Polizei
4. Ausbau der Beleuchtung in diesem Bereich durch sogenannte LED-Flutlichter zur Schaffung von beleuchteten Bereichen
5. Ausweitung der bestehenden Videoüberwachung im Bereich Wallstraße/ Friedrich-Wilhelm-Straße/ Friedrich-Wilhelm-Platz, Kalenwall, Bruchtorwall und Gieseler (gemeinsam mit der Polizei)

Um die Akzeptanz für diese Maßnahmen zu erhöhen und zukünftige Maßnahmen vorzubereiten, wird die Verwaltung gebeten, einen „Arbeitskreis Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ einzurichten, in den alle entscheidenden Akteure einbezogen werden. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer trifft die Verwaltung. Dieser Arbeitskreis soll sich regelmäßig mit der Sicherheitslage in Braunschweig befassen und Verbesserungsbedarf ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 3 Nein: 8 Enth.: 0

Herr Dr. Köhler stellt die wesentlichen Inhalte der Stellungnahme vor.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

5. Konzept zur Warnung der Bevölkerung vor besonderen Gefahrenlagen in Braunschweig 22-18548

Herr Geiger führt in die Vorlage ein und stellt das Ziel eines ganzheitlichen Warnkonzeptes vor. Herr Damm ergänzt die Ausführungen unter fachlichen Gesichtspunkten und stellt die finanziellen Aspekte dar.

Herr Köster bringt zunächst den Änderungsantrag ein und wünscht sich vor allem bei einer Warnung durch Sirenen konkrete Hinweise an die Bevölkerung, was diese Signale bedeuteten. Hier sieht er insbesondere den Bund und das Land in der Pflicht zur Abstimmung.

Auf Nachfrage, wie die Stadt plant, sich am Warntag 2022 zu beteiligen, teilt Herr Damm mit, dass direkte Auswirkungen aus dem vorliegenden Konzept nicht bis zum diesjährigen Warntag umgesetzt werden könnten. Die geplante MoWas-Vollstation kann erst nach dem Warntag in Angriff genommen werden. Das Thema Cell Broadcast ist eine Aufgabe des Bundes und wird zunächst dort weiterverfolgt. Hinsichtlich des Sirenensignals seien deutliche Handlungsanweisungen geplant.

Herr Disterheft lobt die gute Vorarbeit der Verwaltung. Braunschweig sei insoweit Vorreiter bei den Planungen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es nicht genügend Firmen in Deutschland gäbe, die sich mit der Errichtung von Sirenen-Systemen befassen. Vor diesem Hintergrund ist er zwar ebenso bestrebt, dass die Errichtung schnellstmöglich vorankomme, es sei jedoch klar, dass man von äußeren Umständen abhängig sei. Den Antrag hält er insoweit für entbehrlich.

Herr Jonas bittet die Verwaltung, ergänzende Überlegungen anzustellen, wo sich die Bevölkerung über die Sirenen und deren Funktion informieren könne.

Herr Sommerfeld erklärt für seine Fraktion, dass er dem Vorgehen der Verwaltung zustimme.

Herr Köster bittet um Aufnahme folgender Formulierung in das Protokoll und zieht sodann seinen Änderungsantrag zurück:

„Die Verwaltung hat ein großes Interesse daran, schnellstmöglich ein funktionierendes Sirenen-System für Braunschweig zu beschaffen und hierfür auch entsprechend vorhandene Fördermittel aktiv einzuwerben.“

Beschluss:

Das anhängende Konzept zur Warnung der Bevölkerung wird zur Umsetzung beschlossen. Die damit einhergehenden jährlichen Folgekosten finden Eingang in die Haushaltsberatungen des städtischen Haushaltes 2023/2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

5.1. Konzept zur Warnung der Bevölkerung vor besonderen Gefahrenlagen in Braunschweig 22-18548-01

Änderungsantrag zur Vorlage 22-18548

Beschluss:

Das an der Ursprungsvorlage (DS.-Nr. 22-18548) anhängende Konzept zur Warnung der Bevölkerung wird **unter der Voraussetzung** zur Umsetzung beschlossen, **dass die Verwaltung alles unternimmt, um eine Beschleunigung bei der Errichtung der elektronischen Sirenen zu ermöglichen.**

Die damit einhergehenden jährlichen Folgekosten finden Eingang in die Haushaltsberatungen des städtischen Haushaltes 2023/2024.

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel - vorrangig solche des Landes Niedersachsen und des Bundes - einzuwerben.

Abstimmungsergebnis:

Antrag wurde zurückgezogen.

6. Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister

22-18414

Herr Disterheft erklärt, dass er nicht an der Abstimmung teilnehmen wird. Die Ratsherren Swalve und Bratschke sind zu diesem TOP temporär nicht zugeschaltet.

Beschluss:

Der Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr an Herrn Matthias Disterheft in Anerkennung besonderer Verdienste um das Feuerlöschwesen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 0

7. Raumprogramm Feuerwehrhaus Stöckheim

22-18604

Zu diesem TOP sind wieder alle beschlussfähigen Mitglieder zugeschaltet.

Zur Nachfrage, ob es bereits Planungen hinsichtlich des Nachbargrundstückes gäbe, wird die Verwaltung die Beantwortung nachliefern.

Herr Disterheft dankt der Verwaltung für die kurzfristige Vorlage des Raumprogramms.

Herr Jonas bittet, bei der Ausführungsplanung auch überdachte Fahrradstellplätze vorzusehen.

Beschluss:

Der Neubau des Feuerwehrhauses Stöckheim wird auf Basis des im Jahr 2012 beschlossenen und auf die aktuelle Situation angepassten und in der Anlage beigefügten Standardraumprogrammes realisiert.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

8. Stadttaubenkonzept der Stadt Braunschweig

22-18277

Es handelt sich um eine Vorlage des Dezernates VIII. Auf Nachfrage von Herrn Sommerfeld, ob das Konzept mit dem Verein Stadttiere e. V. abgestimmt sei, antwortet Herr Dr. Köhler, dass das Konzept in Zusammenarbeit mit dem Verein entstanden sei.

Zur Nachfrage von Frau Hillner, ob bis zur Umsetzung des Konzeptes das Fütterungsverbot

gelockert werden könne, teilt die Verwaltung mit, dass das vom Rat beschlossene Verbot nach wie vor aufrechterhalten werde.

Beschluss:

Der Umsetzung des Stadttaubenkonzeptes in der Stadt Braunschweig, wie anliegend dargestellt, wird zugestimmt. Zum Bau der Taubenschläge soll die geplante Förderung des Landes Niedersachsen für Investitionen zum Bau entsprechender Unterbringungen für Stadttauben in Anspruch genommen werden. Ein Baubeginn erfolgt erst nach abschließender Festlegung des Landes Niedersachsen zu einer entsprechenden Förderung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

9. Anfragen

9.1. Einsatz von Drohnen bei der Feuerwehr Braunschweig 22-18549

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 22-18549-01

9.1.1. Einsatz von Drohnen bei der Feuerwehr Braunschweig 22-18549-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

9.2. Flugbeschränkungsgebiet über der PTB sowie regelmäßige Brandschau vor Ort 22-18143

Abstimmungsergebnis:

(schriftliche) Beantwortung im Nachgang zur Sitzung durch Stellungnahme 22-18143-01

9.2.1. Flugbeschränkungsgebiet über der PTB sowie regelmäßige Brandschau vor Ort 22-18143-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wird im Nachgang zur Sitzung zeitnah freigeschaltet für die Möglichkeit der Kenntnisnahme.

9.3. Ausfall von Feuerwehrleuten und Rettungssanitätern bei Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ab dem 15.3. 22-17926

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 22-17926-01

9.3.1. Ausfall von Feuerwehrleuten und Rettungssanitätern bei Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ab dem 15.3. 22-17926-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

9.4. Sicherheit unter den Rathaus-Kolonnaden 22-18550

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 22-18550-01

9.4.1. Sicherheit unter den Rathaus-Kolonnaden**22-18550-01****Abstimmungsergebnis:**

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

9.5. Welche Maßnahmen sind für den Zivil- und Bevölkerungsschutz geplant?**22-18551****Abstimmungsergebnis:**

beantwortet durch Stellungnahme 22-18551-01

9.5.1. Welche Maßnahmen sind für den Zivil- und Bevölkerungsschutz geplant?**22-18551-01****Abstimmungsergebnis:**

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

10. Präsentation besonderer Einsätze

Herr Damm stellt kurz die besonderen Einsätze seit der letzten Sitzung vor. In Bezug auf die Koordination der Vertriebenen aus der Ukraine in der Stadthalle dankt Herr Geiger neben der Freiwilligen Feuerwehr und den Hilfsorganisationen insbesondere dem A-Dienst und lobt die guten Stabsstrukturen. Herr Disterheft dankt ebenfalls den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 19:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Köster
Vorsitz

Geiger
Dezernent VII

Kösters
Schriftführung